

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.483.964

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)7208/J-NR/2021

Wien, am 6. September 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Friedrich Ofenauer, Kolleginnen und Kollegen haben am 6. Juli 2021 unter der Nr. **7208/J-NR/2021** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „weiteres Vorgehen der Justiz nach dem Bericht des Rechnungshofes über die Landeshauptstadt St. Pölten (GZ 004.756-PR3/21)“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- 1. *Mit welcher Begründung wurden die ursprünglich eingeleiteten Ermittlungen gegen zwei Beschuldigte eingestellt?*
- 2. *Wurden bei diesen Ermittlungen nur das vom Einbringer der Sachverhaltsdarstellung aufgezeigte Derivatgeschäft untersucht oder gingen die Ermittlungen darüber hinaus?*

Zu der anfragegegenständlichen Verfahrenseinstellung der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption (WKStA) zu AZ 1 St 6/16d verweise ich sowohl hinsichtlich der zugrundeliegenden Verdachtslage als auch bezüglich

der für diese Entscheidung maßgeblichen Erwägungen auf die in der Ediktsdatei gemäß § 35a StAG erfolgte Veröffentlichung der Entscheidungsgründe.¹

Zu den Fragen 3 bis 6:

- *3. Wurde der angesprochene Bericht des Rechnungshofes der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption (WKStA) vorgelegt bzw. hat man sich seitens der Staatsanwaltschaft diesen Bericht verschafft?*
- *4. Wurde der Inhalt des Berichts bereits von der WKStA geprüft?*
 - a. Wenn ja, welches Ergebnis brachte die Überprüfung?*
 - b. Wenn nein, wird es eine derartige Prüfung geben und wenn nicht wieso?*
- *5. Waren der WKStA alle Fakten bekannt, die der Rechnungshof im angesprochenen Bericht aufgezeigt hat?*
 - a. Wenn nein, welche Fakten waren der WKStA nicht bekannt?*
- *6. Wird die WKStA auf Basis des vorliegenden Berichts eine Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens verfolgen?*

Der anfragegegenständliche Bericht des Rechnungshofes wurde der WKStA vorgelegt und von dieser in der Folge einer strafrechtlichen Prüfung unterzogen, weil er – aus Sicht der WKStA – neue Fakten enthielt. In diesem Zusammenhang liegt aktuell der Oberstaatsanwaltschaft Wien ein Berichtsvorhaben der WKStA bezüglich der beabsichtigten weiteren Vorgangsweise vor, welches derzeit geprüft wird.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

¹<https://edikte.justiz.gv.at/edikte/ee/eedi16.nsf/suchedi?SearchView&subf=aee&SearchOrder=4&SearchMax=4999&retfields=~%5BGer%5D=020~%5BGA%5D=1~%5BGZ%5D=St~%5BZahl%5D=6~%5BJahr%5D=2016&ftquery=&query=%28%28%28%5BGer1%5D%3D%28020%29%29%20AND%20%28%5BGA1%5D%3D%28001%29%29%20AND%20%28%5BGZ1%5D%3D%28St%29%29%20AND%20%28%5BZahl1%5D%3D%2800006%29%29%20AND%20%28%5BJahr1%5D%3D%282016%29%29%29%20OR%20%28%28%5BGer2%5D%3D%28020%29%29%20AND%20%28%5BGA2%5D%3D%28001%29%29%20AND%20%28%5BGZ2%5D%3D%28St%29%29%20AND%20%28%5BZahl2%5D%3D%2800006%29%29%20AND%20%28%5BJahr2%5D%3D%282016%29%29%29%29#1626786465437>

